

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Durch unsere Seiten
ist die Hausnummer 1.30 März
bei der Postämterstelle abgeholt
sollte 1.30 März bei der Post
nicht abgeholt sein, so ist
monatlich 1.30 März, Erbkant
verpflichtet.
Fernsprech-Anschluss Nr. 53.
Telegrams: Tageblatt Auergebirge.

Anzeigenpreis: Die Nebenzeiten
bestehen aus dem Raum für An-
zeigen aus Aue und dem Gebiet
Schwarzenberg 1. März, ausser-
ordentlich 1.30 März, Restmonat
1.30 März. Bei größeren
Abstellungen an/prehender Rabatt
Anzeigenannahme bis spätestens
4 1/2 Uhr vorm.
Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1098.

Nr. 251

Mittwoch, den 26. Oktober 1921

16. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Reichskanzler Dr. Wirth erklärte sich nach erneuter Rücksprache mit dem Reichspräsidenten Ebert bereit, die Bildung der Regierung zu übernehmen.

Der Vorkonferenzrat des Reichstages hat die Vereinbarung nunmehr endgültig auf den heutigen Mittwoch 12 Uhr festgesetzt. Das Plenum selbst wird dann entscheiden, ob sich weitere Sitzungen anschließen werden oder ob der Reichstag sich bis zum 3. November vertagen soll.

Der ober-schlesische Ausschuss, der gestern unter dem Vorsitz des Ministers Dr. Rosen sagte, wählte einen Unterausschuss, der die Persönlichkeiten zu den Wirtschaftsverhandlungen mit Polen zu entsendenden Kommissars bestimmen soll.

Laut Beschluss der polnischen Regierung wird der polnische Gesandte in Paris heute eine Note seiner Regierung überreichen, worin die Entscheidung in der ober-schlesischen Frage vorbehaltlos annimmt.

Der Dollar ist weiter auf 165 gefallen. Ob die Besserung des Markkurses anhaltet ist nach der Entscheidung über Oberschlesien mehr als fraglich.

Wirth wieder Reichskanzler?

Ein Schreiben des Reichspräsidenten an Dr. Wirth.
Der Reichspräsident richtete gestern nachmittags 5 Uhr an den Reichskanzler folgendes Schreiben:

Herr Reichskanzler!

Seit Wochen ist es mein unausgesprochenes Verlangen gewesen, für eine Verbreiterung der gegenwärtigen Regierungskoalition die Grundlage zu schaffen in der Ueberzeugung, in der ich mit Ihnen, Herr Reichskanzler, einig gehe, daß die großen Aufgaben, die Deutschland auf dem Gebiete der äußeren und inneren Politik barren, auf einer breiten Regierungsbasis am besten gelöst werden können. Sie, Herr Reichskanzler, haben mich in diesem Bestreben unterstützt und die Verbreiterung der Regierungskoalition zu wiederholten Malen als das nächstliegende Ziel Ihrer Politik bezeichnet und auch alles getan, um ihr näher zu kommen. Die Entscheidung, die die Wirtschaftskonferenz der Ministern in der ober-schlesischen Frage gefällt hat, hat zweifellos die Erreichung dieses erstrebten Zieles erheblich erschwert. Ich bin allerdings der Meinung, daß es bei allseitigem guten Willen und unter Voranstellung der Interessen des Vaterlandes möglich gewesen wäre, die verbreiterte Koalition allen Bedenken zum Trotz zustande zu bringen. Verschiedene Vorkänge haben sich leider hemmend in die gegebenen Verhandlungen eingebracht, so daß das erstrebte Ziel als gescheitert anzusehen ist. Dies ist umso bedauerlicher, als der Rücktritt des bisherigen Kabinetts das Bestehen einer handlungsfähigen Regierung angeht, die der außenpolitischen Lage zu einer zwingenden Notwendigkeit und die Bildung des neuen Kabinetts unaufschiebbar macht. Kostbare Zeit ist auf die Verhandlungen zur Klärung der inneren politischen Lage verwandt worden, ohne daß sich eine solche ergeben hat. In dieser Not des Vaterlandes richte ich an Sie, Herr Reichskanzler, die dringende Bitte, die mir gegebenen Absagen zurückzuziehen und unter Hintanstellung persönlicher und parteipolitischer Rücksichten die Bildung der Regierung zu übernehmen. Die Tatsache, daß Sie bereits einmal in schwerster Bedrängnis sich dem Vaterland zur Verfügung gestellt haben, gibt mir die Hoffnung, daß Sie auch diesmal dieses Opfer bringen werden. Ich betrachte der gegebenen Verhältnisse vertrauensvoll darauf, daß es mit Ihrer Tatkraft und politischen Einsicht gelingen wird, eine Regierung zu bilden, die in ihrer Zusammensetzung die Gewähr dafür bietet, daß sie die nächste der deutschen Politik gestellte Aufgabe, sowie die dringlichen Probleme der weiteren Zukunft lösen kann.

Ich bin in aller Verehrung Ihre aufrichtig ergebener
Ebert.

Entente und Regierungskrise.

St. In den Mittagsstunden des gestrigen Dienstag wurde im Reichstag bekannt, daß in der Nacht zuvor bei einer Besprechung beim Reichspräsidenten, an der auch der Reichskanzler Dr. Wirth teilgenommen hatte, die Deutsche Volkspartei es nachdrück-

lich abgelehnt habe, einer Formel zuzustimmen, auf deren Grundlage Deutschland der Entente seine Stellungnahme zu den Genfer Beschlüssen und der Rolle Brlands vom 20. dieses Monats, sowie zu dem Unterproblem der Entsendung von Kommissaren zwecks Abklärung von Verhandlungen mit den Polen mitteilen sollte, damit dann im weiteren Verlauf die Große Koalition zur Basis der Neubildung der Regierung gemacht werden könne. Durch die Beherrschung der Deutschen Volkspartei scheiterte also zum dritten- oder viertenmale im Verlaufe von 72 Stunden die große Koalition und man machte sich daran, zur Abwechslung wieder die Möglichkeiten einer Regierung auf der Grundlage der bisherigen Koalition aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten zu erörtern. Sozialeit gingen Schwarzfahrer mit ihrer Ueberzeugung hauffieren, daß das jetzt gesundene Kompromiß, welcher Gestalt es auch immer sein möge, keine Dauerlösung darstellt. Und daß die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands tatsächlich entsprechend den schlimmsten Voraussichtungen wieder vollkommen ins Wanken und Schwanken geraten seien. Diese Ansicht hat nun aber selber sehr vieles für sich, und es ist nur ein halber Trost, daß wir heute der Entente erklären können, wir hätten ihr das alles vorausgesagt, wenn die Entscheidung über Oberschlesien nicht nach Rechts und Gerechtigkeit falle. Tatsächlich trifft denn auch die volle Schuld dafür, daß Deutschland einer neuen Phase krisenhafter Erschütterungen entgehen dürfte, ausschließlich unsere Gegner, denn wer nur auf die deutschen Parteien schelten wollte, weil sie tadellos um den entscheidenden Entschluß rangen, der würde damit ohne Frage ein Unrecht begehen, weil er gegen Ende Ursache und Wirkung verwechselte. Der Grund dessen, was wir im Reichstag vor uns setzen, war eben der, daß die Genfer Beschlüsse in ihrer Gesamtheit und in einem Umfange ein neues Gewalttätigkeit unserer Gegner darstellten, wie es auch selbst geborene Befürworter nicht erwarten hätten, und man darf es daher den Demokraten und der Deutschen Volkspartei nicht ohne weiteres zum Vorwurf machen, daß sie sich auf ein derartiges Ergebnis der Beratungen des Völkerrates nicht von vornherein eingestellt hatten. Es liegt unbestreitbar ein Kern von Wahrheit in der Auffassung, daß unsere Gegner sich wirklich nicht wundern könnten, wenn in der nächsten Zeit in Deutschland wieder ein rascher Wechsel der Regierungen eintritt. Wir wollen trotzdem hoffen, daß er sich vermeiden lassen wird, weil der größere Schaden ja doch auf unserer Seite sein würde. Aber man kommt im ewigen Kreislauf wieder einmal auf die Forderung zurück, daß die Entente sich endlich zu einer Politik der Vernunft und Einsicht bekehren muß, wenn nicht alles in Grund und Boden gewirtschaftet werden soll.

W.T.B. meldet: Nachdem der Reichstagsabgeordnete Dr. Stresemann gestern vormittag in einem besonderen Schreiben den Beschluss der Deutschen Volkspartei deren Schreiben den Beschluss der Deutschen Volkspartei, der die Formel ablehnt, dem Reichspräsidenten überreicht hat, führte der Reichspräsident die Besprechungen gestern vormittag über die Bildung der neuen Regierung mit den Führern der bisherigen Koalitionsparteien weiter. Zu einem endgültigen Abschluss der Beratungen ist man bisher noch nicht gekommen.

Das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei, die Nationalliberale Korrespondenz, schreibt über den Standpunkt der Partei: Die Fraktion war der Auffassung, daß Regierung und Reichstag unter diesen Umständen deutlich erklären müßten, daß sie die Bedingungen der Entente, die uns deutsches Land entreißen und selbst in dem uns verbleibenden Oberschlesien die deutsche Souveränität teilweise aufheben, nicht annehmen können. In den Verhandlungen beim Reichspräsidenten zeigten sich aber in der Behandlung dieser Frage weitgehende Meinungsverschiedenheiten. Die Fraktion ist infolge dessen einmütig zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Grundlage für ein dauerndes einmütiges Zusammenarbeiten der für die große Koalition in Betracht genommenen Parteien derzeit nicht gegeben sei.

Karls Unglück und Ende.

Nu. Eigentlich hat ein lächerlicher Zufall das zweite Abenteuer Karls zurück gemacht, nämlich die Tatsache, daß ein paar Kompanien der Regierung Horthy sich regierungstreuer erwiesen. Wäre das nicht der Fall gewesen, so hätte sich der Einmarsch Karls nach Budapest schwerlich verhindern lassen, und es wären dann Kompensationen eingetreten, die die meisten europäischen Staaten in Mitleidenschaft gezogen hätten. Vor diesem

Schicksal ist Europa durch ein paar regierungstreue Kompanien bewahrt geblieben. Der in das Pulverfaß geflogene Funke hat nicht gezündet, und Karl ist mitan der Erzgebirgigen Dame Rita jetzt in Ungarn interniert. Wenn ihm jetzt ein härteres Schicksal winkt, und wenn ihm nicht mehr Gelegenheit gegeben wird, in der schönen Schweiz neue Abenteuer auszubreiten, so hat er sich dieses Schicksal selbst zuzuschreiben. Der misslungene Streich zeigt aber auch wiederum einmal, was von den Königstreuen Männern zu halten ist, die den Erbfolgers zu diesem Streich veranlaßt und verführt haben. Karl'sche Offiziere, von Abenteuerlust und Geldgier getrieben, haben Truppen angeworben, Soldnerscharen, die nur von den gleichen Beweggründen befeuert wurden. Als die Geschichte einmal anfing dreuzlich zu werden, da hatten die Horthytruppen natürlich leichtes Spiel. Und die Königstreuen Männer dachten in der Stunde der Gefahr nur an sich, sie riefen aus wie Schafleber und ließen ihren König im Stich. In den Kabinetten von Belgard und Brag atmet man auf, vor allem aber ist man in Wien von einer großen Sorge erlöst. Jetzt kommt es darauf an, daß die karlistischen Parteigänger mit allen Mitteln an der Verwirklichung neuer Pläne verhindert werden. Vor allem muß nun der endgültige Versuch Karls auf den ungarischen Thron klar ausgedrückt werden. Wenn Meldungen, auch in der deutschen Presse, laut geworden sind, daß deutsche Offiziere sich an dem Putzunternehmen beteiligen könnten, so möchten wir, solange der Beweis für diese Behauptung nicht geliefert ist, hinter diese Meldungen doch ein großes Fragezeichen setzen, denn wir können nicht annehmen, daß frühere deutsche Offiziere so verblendet gewesen sind, ihre Unterstützung einem Manne zu leisten, der während des Krieges die verächtlichsten Briefe an den Prinzen Sigis von Parma schrieb, und der seine Deutschfeindlichkeit auch in anderer Weise unabweisbar bekundet hat. Die in den rechtsradikalen Kreisen aber, die noch immer Putzgedanken in ihrem Hufen hegen, mögen aus dem Mißerfolg dieses karlistischen Unternehmens die Lehre ziehen, die gezogen werden muß. Sie mögen weiter bedenken, daß Ungarn noch lange nicht Deutschland ist. Das eine gilt aber für Deutschland wie für Ungarn: daß das Heil der Zukunft nicht durch Putz, sondern durch eine Konsolidierung der inneren Verhältnisse geschaffen wird.

Das Nachspiel zu Karls Abenteuer.

Die Wiener Reichspost meldet aus Budapest: Amtlich wird bekanntgegeben, daß den Regierungsräten 54 Offiziere und 11000 Truppen des karlistischen Heeres in die Hände gefallen sind. Der Zusammenbruch des Heeres wurde durch den Abfall der Raaber Regimenter beschleunigt, die mitten in der Schlacht bei Budabr zu den Regierungstruppen übergingen. — Das Neue Wiener Tagblatt meldet aus Budapest: Noch am Montagabend sind Dafi's Befehle gegen Stefan Friedrich und Feldmarschall Hegebus wegen Hochverrats erlassen worden. Die Lage in Steinamanger bleibt beunruhigend, weil dort noch 5000 Mann karlistischer Truppen stehen, die ihre Ergebung auch nach der Gefangennahme des Königs-paares verweigern.

Ausweisung der Habsburger aus der Schweiz.

Der Schweizer Bundesrat hat beschlossen, die ganze Familie Habsburg und ihr Gefolge auszuweisen, ausgenommen die Personen, die zur Pflege der Kinder, die in der Schweiz zurückbleiben, durchaus notwendig sind. Die Bitte der ausgewiesenen Personen wird heute bekanntgegeben; sie betrifft den Erzherzog, den Erzherzogin, den Bischof Dr. Seidl, den Oberst und Kammerherrn Bedoschowsky, den Flügeladjutanten v. Sonntag, den Hauptmann v. Bergmann und Frau und Generaldirektor v. Sielert.

Zur Behebung der Kartoffelnot.

MH. Die berechtigten Klagen über die mangelhafte Kartoffelversorgung und unerträgliche Preisentwicklung haben Veranlassung gegeben, Maßnahmen der Abhilfe in die Wege zu leiten. Es wird alles daran gesetzt, ausreichende Mengen Kartoffeln aus Ueberschußgebieten in Bedarfsbezirke zu leiten und, was nicht weniger wichtig ist, darauf hinzuwirken, daß die Preise für Kartoffeln sich in erträglichen Grenzen halten. Die wenig günstigen Ernteausichten in West- und Süddeutschland hatten zur Folge, daß die von den großen Organisationen, Konzernen und Werken emfandten Aufkäufer in den erwähnten Bezirken nicht genügend Kartoffeln aufbringen konnten und sich daher nach den örtlichen Ueberschußgebieten wandten. Im Verein mit dem berufsmäßigen Handel überfluteten zahlreiche Aufkäufer aus dem Westen die örtlichen Provingen und be-